



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

02/2017 – 17.02.2017

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

heute ist eine weitere Sitzungswoche des Deutschen Bundestag zu Ende gegangen, in welcher wir uns unter anderem mit der Reform der Bund-Länder-Finzen beschäftigt haben.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zu den begonnenen Beratungen zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Mit Zuversicht in die nächsten Monate



(© CDU/pb)

Die Parteispitzen von CDU und CSU haben sich letzte Woche in München getroffen und beschlossen, **gemeinsam mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze in den Wahlkampf zur Bundestagswahl zu ziehen.** Das ist ein wichtiges Signal der Geschlossenheit und Entschlossenheit. In diesem Bewusstsein sollten wir die nächsten Monate angehen.

Entscheidend ist deshalb, welches Angebot wir den Bürgerinnen und Bürgern für die nächsten vier Jahre machen, wie wir für einen starken Staat und eine starke Wirtschaft sorgen, wie wir die ländlichen Räume lebenswert gestalten und wie wir die internationale Lage und die Europäische Union in unsicherer Zeit mitgestalten und Orientierung geben. Die Generalsekretäre von CDU und CSU wurden in München beauftragt, den Entwurf für ein Wahlprogramm zu erarbeiten.

Wir sollten aber nicht vergessen, dass es noch über sieben Monate bis zur Bundestagswahl sind. In den verbleibenden Sitzungswochen stehen noch wichtige und große Gesetzesvorhaben zur Beratung und Beschlussfassung wie die Grundgesetzänderungen, die Maut und die Vorhaben aus dem Bereich innere Sicherheit an. Hier wollen wir die Handschrift der Union deutlich machen und unser Land weiter voranbringen. Wir werden uns aber auch inhaltlich mit dem SPD-Kandidaten auseinandersetzen. Er hat schon für Europa die falschen Rezepte, wie etwa die Vergemeinschaftung der Schulden, und deshalb werden wir ihm auch weiter auf den Zahn fühlen – auch wenn er meint, dies als Schlammschlacht bezeichnen zu müssen. Dadurch lassen wir uns nicht beeindrucken.

Föderalismus weiterentwickeln

In dieser Sitzungswoche haben wir mit der Beratung der **umfassenden Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges und der Aufgabenerledigung im Bundesstaat** begonnen. Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung



(© Bundesregierung)

des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene.

Daneben sind Reformen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungs-Infrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund, und eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs wird eingeführt.

Gelingt der Abschluss dieser Reform, besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030. Wir werden bei den Beratungen darauf achten, dass die Bundesinteressen gewahrt werden.

Aktuelles aus dem Plenum



(© Tim Reckmann / pixelio.de)

Unsere Polizisten und die Hilfskräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste verdienen Respekt und Wertschätzung. In Anbetracht zunehmender Gewaltdelikte insbesondere gegenüber Polizisten und anderen Vollstreckungsbeamten haben wir in dieser Woche in erster Lesung mit der Beratung eines Gesetzesvorhabens zum besseren

Schutz dieser Personengruppen bei gewalttätigen Übergriffen begonnen, dem **„Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“**. Mit der Einführung eines neuen Straftatbestandes des „Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ wollen wir tätliche Angriffe auch bei allgemeinen Diensthandlungen der Ordnungshüter gesondert unter Strafe stellen und diese bereits dann als schweren Fall klassifizieren, wenn der Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, auch ohne tatsächliche Verwendungsabsicht. Die abschließende Beratung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches folgt in einer der nächsten Sitzungswochen.

In zweiter und dritter Lesung bereits verabschiedet haben wir dagegen das **Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung**. Wir beschließen damit Verbesserungen der Heil- und Hilfsmittelversorgung für gesetzlich Krankenversicherte. Zudem stärken wir Beratungs- und Informationsrechte der Versicherten über Leistungsansprüche und Versorgungsmöglichkeiten und bringen ebenso eine fortlaufende Aktualisierung des Hilfsmittelkataloges auf den Weg.

Daten und Fakten

Bundesländerranking familiengeführter Großunternehmen. Gemessen an der Einwohnerzahl sitzen die meisten großen Familienunternehmen, nach Definition mit mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz, in Hamburg und Bremen (jeweils 10,6 und 9,8 große Familienunternehmen je 100.000 Einwohner). In absoluten Zahlen fallen die beiden Hansestädte jedoch hinter den Flächenländern Baden-Württemberg und Bayern zurück (jeweils 7,4 und 6,8 große Familienunternehmen je 100.000 Einwohner). Nur sehr wenige große Familienbetriebe finden sich demgegenüber in den fünf ostdeutschen Bundesländern, die zusammen lediglich 209 solcher Unternehmen beheimaten. Diese Zahlen beruhen auf Erhebungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn für das Jahr 2015. Insgesamt zählt das Institut 2015 4.700 solcher familiengeführten Großunternehmen in Deutschland. Viele davon sind sogenannte „Hidden Champions“, Weltmarktführer in Nischensegmenten mit hochspezialisierten Produkten, der Öffentlichkeit aber zumeist kaum bekannt.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Unternehmensinsolvenzen im November 2016 rückläufig. Die deutschen Amtsgerichte verzeichneten im November 2016 1.677 Unternehmensinsolvenzen und damit 10,8 Prozent weniger als im November 2015. Dies bestätigt einen seit Dezember 2015 andauernden Trend, wonach die Zahlen der monatlich registrierten Unternehmensinsolvenzen, nur mit Ausnahme des Monats September 2016, stets niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat waren. Die meisten Unternehmensinsolvenzen im November 2016 meldete das Baugewerbe. Die Amtsgerichte veranschlagten die erwarteten Forderungen der Gläubiger aus beantragten Unternehmensinsolvenzen für November 2016 mit knapp 1,2 Milliarden Euro, im Vergleich zu 1,4 Milliarden im November 2015.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – CDU/pb
Seite 3 – Bundesregierung
Seite 4 – Tim Reckmann / pixelio.de